

Miteinander in Vielfalt Leitbild und Agenda für die Einwanderungsgesellschaft

HINTERGRUNDINFORMATION

Kurzfassung: Die wichtigsten Botschaften von Leitbild und Agenda

1. Einwanderung ist Normalität

Ob wir dafür sind oder dagegen: Ein- und Auswanderung sind faktisch vorhanden in einer globalisierten Welt. Genauso wie Einwanderung eine Gesellschaft bereichert, können Konflikte und Unsicherheiten entstehen. Umso wichtiger sind klare Einwanderungsregeln, eine aktive Integrationspolitik und das Grundrecht auf Asyl.

- Die Einwanderungsgesellschaft braucht ein Einwanderungsgesetz, das klare Regelungen schafft für alle Formen der Migration – unabhängig vom unantastbaren Grundrecht auf Asyl.

2. Deutschland ist ein Einwanderungsland und Vielfalt eine Tatsache. Danach müssen wir handeln.

Einwanderung, Flucht und Arbeitsmigration sind Entwicklungen, die seit jeher die Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmen. Seit mehr als 70 Jahren legt unser Grundgesetz die Basis für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Herkunft und Lebensweise. Heute jedoch ist die deutsche Gesellschaft so vielfältig wie nie zuvor. Wir plädieren dafür, dass der Umgang damit selbstverständlich wird. Ideen dazu sind:

- Die Einwanderungsgesellschaft braucht ein positives Bekenntnis zu Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe. Dies kann etwa durch ein Bunde-partizipationsgesetz geschehen, das verbindliche Regeln für die weitere interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltung aufstellt.
- Die Einwanderungsgesellschaft braucht einen selbstverständlichen Umgang mit Vielfalt, keine Sonderstrukturen. Politik und Verwaltung sind gefordert, für ein Klima von Anerkennung und Toleranz zu werben und ihre eigene interkulturelle Kompetenz zu stärken. Leitbilder oder Zielquoten könnten helfen, auch in Unternehmen und privaten Institutionen die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern.
- Eine besondere Vorbildfunktion kommt öffentlichen Institutionen, insbesondere Bildungseinrichtungen zu. Das Personal muss befähigt sein, mit Vielfalt umzugehen und das Lernen in heterogenen Gruppen zu ermöglichen.

3. Eine gerechte Gesellschaft bedeutet, dass alle teilhaben können.

Ein gutes Zusammenleben und eine gerechte Gesellschaft ergeben sich dann, wenn alle am politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können und wollen. Wir können und müssen die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte erleichtern:

- Die Einwanderungsgesellschaft braucht leichtere Zugänge zur deutschen Staatsbürgerschaft, um vollständige rechtliche und demokratische Teilhabe herzustellen. Dazu gehören

z.B. eine Absenkung der Mindestaufenthaltsdauer bei der Anspruchseinbürgerung, eine gezielte Nutzung der Spielräume bei der Ermessenseinbürgerung und die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft.

- Die Einwanderungsgesellschaft braucht bessere demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Jede und jeder sollte auf kommunaler Ebene über Fragen mitbestimmen, die das direkte Lebensumfeld betreffen. Deswegen fordert die Kommission das kommunale Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Drittstaatenangehörige.

4. Diskriminierung verhindert Integration

Klar ist: Rassismus und Diskriminierung verletzen Grund- und Menschenrechte und müssen als Bedrohung thematisiert, zurückgewiesen und sanktioniert werden. Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Grundpfeiler des Zusammenlebens; diesen gilt es weiter zu stärken:

- Die Stärkung der Antidiskriminierungsstellen, die Schließung von Schutzlücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und die Förderung anonymer Bewerbungsverfahren sind dafür wichtige Bausteine.
- Die Einwanderungsgesellschaft braucht gute Konfliktlösungsstrategien. Ein den Bundestag beratender Nationaler Rat für Integration und verstärkte politische Bildung können dazu beitragen, Konflikte lösbar zu machen.

5. Gemeinsamkeiten entstehen im Zusammenleben

Eine Gesellschaft braucht bei aller Vielfalt Gemeinsamkeit. Formal sind dies die Anerkennung der rechtlichen Ordnung, die Akzeptanz des Sozialstaats, die Bereitschaft, sich an der Demokratie zu beteiligen und den anderen in seiner Andersartigkeit zu respektieren. Aber Gemeinsamkeit lässt sich nicht staatlich verordnen, sondern entsteht durch persönliche Begegnung.

- Initiativen des interkulturellen Dialogs müssen verstärkt werden, damit Begegnungsorte vorhanden sind.
- Das Bewusstsein muss wachsen, dass es nicht die eine deutsche Identität gibt, sondern dass man Deutsche bzw. Deutscher werden kann und vollgültig zur Gesellschaft dazugehört.

Wie dieses Leitbild entstand

Seit Jahren wird in Debatten über Migration, Flucht und Integration die Forderung erhoben, die deutsche Gesellschaft brauche ein Leitbild für das gelingende Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Entsprechende Aufrufe formulierte u.a. der Rat für Migration oder die Junge Islamkonferenz. Diese Überlegungen und Vorarbeiten griff die Friedrich-Ebert-Stiftung auf und lud Expertinnen und Experten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ein, an der Erarbeitung eines solchen Leitbilds mitzuwirken. Die Kommission nahm im Juni 2016 unter dem Vorsitz von Staatsministerin Aydan Özoğuz sowie den Ko-Vorsitzenden Prof. Dr. Herbert Brücker und Farhad Dilmaghani ihre Arbeit auf.

Die nun vorliegenden Ergebnisse sind das Produkt intensiver und zum Teil kontroverser Diskussionen. Weder die einzelnen Kommissionsmitglieder noch die Kommission als Ganzes können und wollen den Anspruch erheben, einen umfassenden und objektiven Blick auf die behandelten Fragen geworfen zu haben. Alle Kommissionsmitglieder haben ihre spezifischen Erfahrungen sowie ihre eigenen politischen Überzeugungen zum Thema in die Diskussionen eingebracht.

Warum Deutschland gerade jetzt ein Leitbild braucht

Deutschland ist ein Einwanderungsland und unsere Gesellschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Über Fragen von Migration und Integration wurde und wird heftig gestritten. Umso wichtiger ist die Selbstverständigung der Gesellschaft über Fragen der Migration und Integration. Dafür will das Leitbild eine Grundlage liefern.

Die Verfasser dieses Leitbilds sind davon überzeugt, dass Politik und Gesellschaft gemeinsam vorwärts gehen müssen, um die Chancen von Einwanderung zu nutzen. Sie wollen deutlich machen, dass alle Bürgerinnen und Bürger es in der Hand haben, Menschen mitzunehmen, teilhaben zu lassen und damit auch Einwanderung (von allen Seiten ausgehend) aktiv zu gestalten. Dieses Leitbild schafft einen Rahmen für die Einwanderungsgesellschaft und gibt Impulse für eine nach vorne gewandte Integrationspolitik.

Was dieses Leitbild trägt

Ausgangspunkt aller Überlegungen der Kommission ist die unantastbare Menschenwürde, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes festgelegt ist. Die Kommission bekennt sie sich zu einer offenen Gesellschaft und lehnt Abschottung nach außen sowie Diskriminierung nach innen ab.

Der Kommission ist bewusst, dass längst nicht alle Teile der Bevölkerung der Meinung sind, dass Einwanderung und Vielfalt einen persönlichen oder gesellschaftlichen Zugewinn bedeuten. Die Verfasserinnen und Verfasser sind sich aber sicher: Unsere Einstellung zur Einwanderung betrifft nicht weniger als das Selbstverständnis als Staat und die Rolle des Einzelnen darin. Der Umgang mit Vielfalt und wie wir es schaffen, dass Menschen – egal welcher Herkunft – an dieser Gesellschaft teilhaben können, ist ein Gradmesser für unsere Demokratie, für sozialen Frieden und Sicherheit.

Die gesellschaftliche Vision, die aus diesem Leitbild spricht, lässt sich auf die Formel bringen: „Streiten, aber zusammenhalten; mitgestalten statt abwenden.“ Das Leitbild beschreibt daher eine partizipative Gesellschaft, die niemanden ausschließt und zum Wohle aller gestaltet werden kann.

Miteinander in Vielfalt. Leitbild und Agenda für die Einwanderungsgesellschaft Ergebnisse einer Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung

Download unter www.fes.de/fmi

Pressekontakt

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Tel. 030/ 269 35-7322

dietmar.molthagen@fes.de

Die Kommissionsmitglieder

Vorsitzende:

Staatsministerin Aydan Özoğuz, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Ko-Vorsitzende:

Prof. Dr. Herbert Brücker, Humboldt Universität zu Berlin, Universität Bamberg und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit

Farhad Dilmaghani, Staatssekretär a.D. und Vorsitzender von DeutschPlus e. V.

Mitglieder:

Prof. Dr. Sabine Achour, Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Bekim Agai, Universität Frankfurt/ Main, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Studien der Kultur und Religion des Islam

Dr. Bekir Alboğa, Generalsekretär des Bundesverbands DITIB – Türkisch Islamische Union

Dr. Aysun Aydemir, Integrationsbeauftragte der Stadt Lünen

Wolfgang Barth, AWO Bundesverband, Leiter der Abteilung Migration und interkulturelle Öffnung

Dr. Liane Bednarz, Journalistin und Autorin

Aziz Bozkurt, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von ProAsyl
Dagmar Dahmen, Gleichstellungsbeauftragte und zugleich Leiterin des Amtes für die Gleichstellung der Stadt Köln (ab 1.1.2017), zuvor Leiterin der Ausländerbehörde Köln (bis 31.12.2016)

Dr. Daniel Deckers, Frankfurter Allgemeine Zeitung, verantwortlicher Redakteur „die Gegenwart“

Dr. Karamba Diaby, MdB, Leiter der Arbeitsgruppe #Neues Miteinander der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Antje Draheim, Leiterin der Abteilung Jugend und Familie, Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern

Kerstin Düsich, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin

Dr. Johannes Eichenhofer, Universität Bielefeld, Fakultät für Rechtswissenschaft

Breschkai Ferhad, Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V., stv. Bundesgeschäftsführerin und Leitung Hauptstadtbüro

Prof. Dr. Naika Foroutan, Humboldt Universität zu Berlin, stv. Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Michaela Fuhrmann, Zentralrat der Juden in Deutschland, Leiterin der politischen Abteilung

Prof. Dr. Viola Georgi, Universität Hildesheim, Professorin für Diversity Education und Direktorin des Zentrums für Bildungsintegration. Diversity und Demokratie in Migrationsgesellschaften, Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR)

Martin Gerlach, Geschäftsführer Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

Cordula Heckmann, Schulleiterin Campus Rütli, Berlin

Lamya Kaddor, Lehrerin und Vorstandsmitglied Liberal-Islamischer Bund

Staatssekretär Thorsten Klute, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Julia Mi-ri Lehmann, Leiterin der Koordinierungsstelle der Neuen deutschen Organisationen (NDO)

Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Dr. Jürgen Micksch, Vorstandsvorsitzender Interkultureller Rat in Deutschland

Inge Missmahl, Psychologin und Gründerin der Flüchtlingshilfe-Initiative „ipso e care“

Sheila Mysorekar, Vorsitzende Neue deutsche Medienmacher e.V.

Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Beauftragter für Migrations- und Antirassismuspolitik

Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Soziologie

Prof. Dr. Daniel Thym, Universität Konstanz, Jean-Monnet-Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht, Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR)

Miguel Vicente, Beauftragter für Migration und Integration des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

Prof. Dr. Stefan Weber, Direktor des Museums für islamische Kunst Berlin

Wladimir Weinberg, Geschäftsführer Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

Alexander Wilhelm, Abteilungsleiter beim Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände (Kommissionsmitglied bis 31.10.2016)

Projektsteuerung:

Dr. Christoph Emminghaus, Geschäftsführer Syspons GmbH

Jenni Winterhagen, Syspons GmbH

Günther Schultze, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration

Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin